

21 Verbände veröffentlichen gemeinsamen Appell

Ein breites Bündnis aus 21 zivilgesellschaftlichen Organisationen appelliert an die Verhandlungsführer der aktuellen Koalitionsgespräche, dringende Reformen im Familienrecht **auf die politische Agenda** zu setzen. In einer gemeinsamen Erklärung unterstreichen die Verbände –darunter AWO Bundesverband e. V., der Kinderschutzbund Bundesverband e.V. und Deutscher Frauenrat e.V. – die Notwendigkeit, insbesondere den Gewaltschutz im Sorge- und Umgangsrecht gesetzlich zu verankern. Zudem soll das Unterhaltsrecht reformiert werden, um eine gerechtere Verteilung der Betreuungs- und Finanzlast zu ermöglichen.

Verbesserter Schutz für Gewaltbetroffene gefordert

Ein zentrales Anliegen der Verbände ist der Schutz gewaltbetroffener Personen in familiengerichtlichen Verfahren. Sie fordern gesetzliche Regelungen, die sicherstellen, dass das **Kindeswohl bei gerichtlichen Entscheidungen** oberste Priorität hat und der Schutz vor häuslicher Gewalt stärker berücksichtigt wird. In diesem Zusammenhang wird auch eine bessere [Qualifizierung von Familienrichtern](#) und Verfahrensbeteiligten gefordert, um die Dynamiken von Gewaltbeziehungen besser zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Reform des Unterhaltsrechts und mehr Unterstützung für Eltern

Neben dem Schutz gewaltbetroffener Personen drängen die Organisationen auf eine [Reform des Unterhaltsrechts](#), die verschiedene Betreuungsmodelle – wie das [Wechselmodell](#) – besser berücksichtigt. Eine **Festsetzung des Wechselmodells als Regelfall** wird aber strikt abgelehnt. Zudem sollen Beratungsangebote für Eltern in Trennungs- und Scheidungssituationen ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

Die Verbände betonen, dass familienrechtliche Reformen nicht aufgeschoben werden dürfen und bieten ihre fachliche Expertise für einen konstruktiven Dialog an. Der vollständige [Appell ist online abrufbar](#).

